



## Prioritäten der Schweiz für die 74. Tagung der UNO-Generalversammlung

Die in der UNO-Charta festgelegten Ziele und Grundsätze überschneiden sich weitgehend mit den in der Bundesverfassung festgelegten Interessen und Werten der Schweiz. Die UNO ist daher ein zentrales Instrument zur Erreichung der aussenpolitischen Ziele der Schweiz und gibt uns die Möglichkeit, Schweizer Interessen und Werte global zu fördern. Die Liste der Tätigkeiten und die Prioritäten basieren auf den zwei strategischen Hauptachsen des Schweizer UNO-Engagements für 2012–2022: *Frieden und Sicherheit* sowie *Reform der UNO*. Die Schweiz setzt sich für die kommende Tagung der UNO-Generalversammlung (GV) drei Prioritäten:

### Menschenrechte

Die Stärkung der Individualrechte und Grundfreiheiten der Menschen ist ein Hauptziel der UNO. Die Schweiz engagiert sich für deren Förderung, Achtung und Umsetzung. Für die 74. Tagung werden folgende Menschenrechte im Fokus sein: die Meinungsäusserungs-, die Versammlungs-, die Vereinigungsfreiheit und die Frauenrechte, insbesondere das Thema Gewalt gegen Frauen. Die Schweiz wird unter anderem die Verhandlung zur GV-Resolution zur Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten unterstützen und sich in der Freundesgruppe zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten engagieren. 2020 ist das 25-Jahre Jubiläum der «*Beijing Declaration and Platform for Action*», einer der wichtigsten Grundlagen zu den Frauenrechten. Auch das Engagement für «Frauen, Frieden und Sicherheit» wird fortgeführt.

### Reform der UNO

Die Schweiz will ein starkes, angemessen finanziertes und dem XXI. Jahrhundert gewachsenes UNO-System. Sie unterstützt deshalb die Reformen des UNO-Generalsekretärs, die eine grössere Wirksamkeit der Entwicklungsaktivitäten im Feld verfolgen. Die Schweiz unterstützt ebenfalls die Bemühungen für eine gute Führung und Verwaltung der Organisation, damit sie wirksam und effizient ihre Mandate umsetzen kann. Im Zentrum steht die Stärkung einer zeitgemässen Managementkultur auf allen Ebenen. Die Schweiz setzt sich auch für innovative Modelle im Bereich der Entwicklungsfinanzierung sowie vermehrte Partnerschaften zwischen der UNO und dem Privatsektor ein.

### Science-Diplomacy<sup>1</sup>

Die neuen Entwicklungen im Bereich von Wissenschaft und Technologie – samt wirtschaftlicher Innovation – bieten für den Menschen und die Gesellschaft Zukunftschancen, bergen aber auch Risiken. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und Internetgouvernanz sind Themen, die das menschliche Leben im jetzigen Jahrhundert stark beeinflussen. Vor dem Hintergrund dieser globalen Herausforderungen ist die UNO der richtige Ort, um diese anzugehen. Die Schweiz engagiert sich für die Nutzung der Digitalisierung im Dienste des Menschen und setzt sich für einen freien und sicheren Cyberraum ein. Sie fördert themenübergreifende Kooperationen zwischen den verschiedenen Akteuren und unterstützt allfällige Folgearbeiten des hochrangigen Panels zu digitaler Kooperation der UNO. Sie beteiligt sich an den beiden UNO-Prozessen zur Cybersicherheit und bekräftigt die Anwendbarkeit des Völkerrechts im Cyberspace.

Genf soll sich noch stärker als Kompetenzzentrum für globale Gouvernanz in Zukunftsthemen positionieren. Die Stiftung «Geneva Science and Diplomacy Anticipator» bietet der internationalen Gemeinschaft dafür mit dem Konzept «Science-Diplomacy» ein innovatives und flexibles Instrument.

---

<sup>1</sup> «Science diplomacy» bezeichnet die Nutzung wissenschaftlicher Kooperationen in der Diplomatie, um gemeinsame Probleme anzugehen und konstruktive internationale Partnerschaften aufzubauen. Wissenschaftsdiplomatie ist als Oberbegriff für formellen oder informellen Austausch im technischen, forschungsbasierten, akademischen oder ingenieurwissenschaftlichen Bereich zu verstehen.

## **Weitere Tätigkeiten der Schweiz**

Nebst den drei genannten Prioritäten engagiert sich die Schweiz – als aktiver Mitgliedstaat der UNO und als Gaststaat vieler internationaler Organisationen – auch in folgenden Bereichen:

**Frieden und Sicherheit:** Zur Stärkung der Konfliktprävention setzt sich die Schweiz für die verstärkte Verankerung von Menschenrechten in den relevanten sicherheitspolitischen Debatten ein. Sie wird im Rahmen der Überprüfung der Friedenskonsolidierungsaktivitäten das Konzept der Aufrechterhaltung des Friedens («Sustaining peace») fördern. Als Vorsitzende der Burundi-Konfiguration setzt sich die Schweiz für die Bewältigung vergangener Verbrechen und die Prävention von Gräueltaten ein. Ein wichtiges Anliegen bleibt auch die Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat 2023-24. Im Bereich Abrüstung und Non-Proliferation unterstützt die Schweiz grundsätzlich die vom Generalsekretär in Genf lancierte Abrüstungsagenda – beispielsweise zur Verminderung der Risiken von Nuklearwaffen. Bei der Überprüfung der Globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus verfolgt die Schweiz einen ganzheitlichen Ansatz.

**Humanitäre Hilfe:** Die Schweiz fördert den Schutz der Zivilbevölkerung, den Zugang von humanitären Akteuren zu Notleidenden, den Schutz der medizinischen Missionen sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Sie engagiert sich für die Stärkung der Katastrophen- und Krisenprävention, sowie für die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Menschen. Zudem soll die Verknüpfung der Humanitären Hilfe mit der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden («Nexus»). Schliesslich setzt sich die Schweiz für die Umsetzung des UNO-Flüchtlingspakts ein, insbesondere im Rahmen des ersten Globalen Flüchtlingsforums 2019 in Genf.

**Nachhaltige Entwicklung:** Das hochrangige politische Forum und der Dialog zu Entwicklungsfinanzierung im September 2019 werden Gelegenheit bieten, die Umsetzung der Agenda 2030 weiter voranzutreiben. Die Schweiz organisiert im Oktober 2020 das UNO-Weltdatenforum in Bern. Sie fördert damit die Messbarkeit des Fortschritts und die Glaubwürdigkeit der Rechenschaftsablegung. Die Schweiz wird sich im Rahmen des Klimagipfels des Generalsekretärs engagieren, der die Umsetzung des Pariser Abkommens beschleunigen soll. Sie wird ankündigen, dass sie ihr Emissionsminderungsziel bis 2050 aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse erhöhen wird. Die Schweiz wird sich ebenfalls in den Diskussionen zum Thema «Globaler Umweltpakt», dessen genaue Form zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar ist, und beim hochrangigen Treffen zu universeller Gesundheitsversorgung einbringen. Das Engagement für die Verbesserung der Wassergouvernanz im UNO-System wird fortgesetzt, ebenso wie der Einsatz für die Förderung nachhaltiger Ernährungssysteme.

**Internationales Genf:** Die Stärkung des internationalen Genf als Zentrum der globalen Gouvernanz ist eine transversale Aufgabe der Schweizer UNO-Politik. Zu diesem Zweck verabschiedete der Bundesrat am 20. Februar 2019 die Botschaft zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat für den Zeitraum 2020–23, die im Sommer und Herbst 2019 von den eidgenössischen Räten behandelt werden sollte.

**Weitere Menschenrechtsthemen:** Die Schweiz setzt sich für das Folterverbot ein, die Achtung der Kinderrechte, den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidigern, und den Kampf gegen die Straflosigkeit. Im institutionellen Bereich fordert die Schweiz eine Verbesserung der Arbeitsmethoden des Menschenrechtsrates sowie der weiteren Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte, namentlich der UNO-Vertragsorgane.

**Weitere Reformen:** Die Schweiz unterstützt die Reformen im Bereich «Frieden und Sicherheit» sowie die Verbesserung der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats. Ein Anliegen bleibt auch die Stärkung und Reform der humanitären Hilfe. Die Schweiz fordert, dass sich die UNO mit neuen Akteuren, Ideen und Arbeitsmethoden auseinandersetzt, damit Menschen in Not effizient und wirksam Hilfe und Schutz erhalten. Sie steht mit Nachdruck für Nulltoleranz gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in UNO-Feldeinsätzen sowie gegenüber Belästigung am Arbeitsplatz ein.